

Sonderdruck aus:

Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte

JbKG 19 (2017)



Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2018

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries
of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming
as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2019

Inhalt

AUFSÄTZE

- Flemming Schock (Leipzig)*
Der vortreffliche Herr Brückmann. Korrespondenz und
Naturforschung in den »Hamburgischen Berichten von neuen
Gelehrten Sachen« (1732–1759)7
- Thomas Gräfe (Vlotho)*
Die Antisemitismusumfrage Hermann Bahrs unter europäischen
Intellektuellen 1893/9435
- Maria Löblich (Berlin)*
Das notwendige Scheitern von Medienpolitik. Der Bundesverband
Deutscher Zeitungsverleger und seine Abwehr
der Presseregulierung zwischen 1968 und 197677

MISZELLEN

- Sandra Zawrel (Erfurt)*
Papierhandel im Europa der Frühen Neuzeit:
Ein Forschungsbericht.....98
- Bernd Sösemann (Berlin)*
Hitlers »Mein Kampf« in der Ausgabe des »Instituts für
Zeitgeschichte«. Eine kritische Würdigung der
anspruchsvollen Edition121



Buchbesprechungen	151
Bibliografie (<i>Wilbert Ubbens, Bremen</i>)	211
Register.....	334



DAS NOTWENDIGE SCHEITERN VON MEDIENPOLITIK. DER BUNDESVERBAND DEUTSCHER ZEITUNGSVERLEGER UND SEINE ABWEHR VON PRESSEREGULIERUNG ZWISCHEN 1968 UND 1976

1. MEDIENWANDEL UND MEDIENPOLITIK

Dieser Beitrag betrachtet Medienpolitik als Medialisierungsprodukt und interessiert sich für die medienpolitischen Reaktionen der betroffenen Medienorganisationen. Der Medialisierungsperspektive zufolge wissen gesellschaftliche Akteure erstens um die Wirkung von Massenmedien (oder glauben zumindest an sie) und wollen diese Wirkung für die Realisierung ihrer Ziele einsetzen. Zweitens wird Massenmedien mit jedem Medienwandel mehr Bedeutung zugeschrieben.¹ Organisationen, die von der Verbreitung von Weltanschauungen und Ideen leben, zum Beispiel politische Parteien und Gewerkschaften, sind in ausdifferenzierten Gesellschaften in besonderem Maße auf massenmediale Berichterstattung angewiesen. Mit der Veränderung von Medienstrukturen (z.B. Konzentrationsprozesse, Verbreitung eines neuen Mediums) werden die Bedingungen ungewiss, unter denen diese Organisationen öffentliche Sichtbarkeit erhalten. Dieser Beitrag geht davon aus, dass Medienpolitik für gesellschaftliche Organisationen ein Weg sein kann, Kommunikationsprobleme zu bearbeiten. Er argumentiert, dass eine solchermaßen motivierte Medienpolitik mit ganz besonderen Abwehroptionen für die regulierten Medienorganisationen einhergeht und ihnen zugleich Thematisierungsmöglichkeiten zur Verfolgung eigener Interessen eröffnet.

Diese These soll am Beispiel der Pressepolitik um 1970 in der Bundesrepublik und des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) untersucht werden. Im Mittelpunkt der Pressepolitik standen Pressekonzentration und innere Pressefreiheit. Für beide Probleme waren gesetzliche Regelungen vorgesehen. Die Studie fragt, wie der BDZV mit dem gewachsenen politischen Interesse an den Verlegern umging. Wie versuchte er, seine Mitglieder vor Regulierung zu schützen und zugleich die medienpolitische Debatte zu nutzen, um Verleger-Interessen zu verfolgen?² Und welche Rolle spielte die Presseberichterstattung, mit der Druck auf politische Entscheidungen ausgeübt werden kann? Die Untersuchung nimmt vor allem die Strategien des BDZV gegenüber SPD und Gewerkschaften in den Blick. Neben der Regierungspartei waren die IG Druck und Papier im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und die angeschlos-

¹ Patrick Donges: Medialisierung der Politik – Vorschlag einer Differenzierung. In: Patrick Rössler / Friedrich Krotz (Hg.): Mythen der Mediengesellschaft – The Media Society and its Myths. Konstanz: UVK 2005, S. 321–339; Michael Meyen: Theorie der Medialisierung. Eine Erwiderung auf Anna M. Theis-Berglmair. In: Medien & Kommunikationswissenschaft, 62. Jg. 2014, Nr. 4, S. 645–655.

² Rolf Richter: Kommunikationsfreiheit = Verlegerfreiheit? Zur Kommunikationspolitik der Zeitungsverleger in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1969. Pullach bei München: Verlag Dokumentation 1973.

sene Deutsche Journalisten-Union die wichtigsten Befürworter pressepolitischer Gesetzesmaßnahmen.

Die Pressepolitik um 1970 ist gut geeignet, um die These der medialisierungsbedingten Abwehrmöglichkeit in der Medienpolitik zu untersuchen. Die Rahmenbedingungen, um in der medial vermittelten Öffentlichkeit sichtbar zu werden, hatten sich für gesellschaftliche Akteure verändert: Das Medienangebot hatte sich zwischen den 1950er und den 1970er Jahren zugleich ausgedehnt als auch konzentriert.³ Nach der Expansion von Verlagen und Zeitungstiteln ab 1949 setzte ein Konzentrationsprozess auf dem Markt der Tageszeitungen ein, bei dem sich in diesem Zeitraum die Zahl der selbständigen Verlage um ein Drittel reduzierte und die Zahl der publizistischen Einheiten fast halbierte. Der Konzentrationsprozess kam Mitte der 1970er Jahre zum Stillstand; die regionalen Verbreitungsgebiete waren aufgeteilt, die großen Zeitungsverlage hatten sich herausgebildet.⁴ Zugleich hatte die Presse als Werbemedium vom wirtschaftlichen Aufschwung profitiert. Bis Ende der 1960er Jahre stieg der Anteil der Erlöse aus Werbung auf zwei Drittel. Die Anzahl der Beiträge in (führenden) Tageszeitungen wuchs.⁵ Die verkaufte Auflage nahm zu, vor allem bei den Straßenverkaufszeitungen und besonders bei der »Bild-Zeitung« des Axel-Springer-Verlags.⁶ Dass gesellschaftliche Akteure in den 1960er Jahren Massenmedien verstärkt Wirkungen zugeschrieben haben dürften, hängt wohl nicht nur mit Konzentration und Angebotswachstum zusammen, sondern auch mit dem Siegeszug des Fernsehens, der stärkeren Politisierung und Polarisierung in der aktuellen Berichterstattung sowie der expandierenden Nutzung der Massenmedien (bis auf das Kino).⁷ Zwar hatten sich vor allem Parteipolitiker auch über den Rundfunk beschwert, doch im Vordergrund der medienpolitischen Debatte stand die Presse. Ein breites Spektrum gesellschaftlicher Organisationen, darunter SPD und Gewerkschaften (aber auch die 1968er Bewegung, Kirchen, Wissenschaft und Wirtschaftsverbände), beteiligte sich an dieser Debatte, die ab Mitte der 1960er Jahre eine größere Öffentlichkeit erreichte. Die 1969 antretende soziali-

- ³ Jochen Hoffmann / Ulrich Sarcinelli: Politische Wirkungen der Medien. In: Jürgen Wilke (Hg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Köln: Böhlau 1999, S. 720–748. Hier S. 723.
- ⁴ Walter J. Schütz: Deutsche Tagespresse 2001. In: Media Perspektiven, 2001, Nr. 12, S. 602–632. Hier S. 603.
- ⁵ Hans Mathias Kepplinger: Zeitungsberichterstattung im Wandel. In: Jürgen Wilke (Hg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Köln: Böhlau 1999, S. 195–210. Hier S. 196.
- ⁶ Otfried Jarren: Medien und Kommunikation in den 50er Jahren. In: Axel Schildt / Arnold Sywottek (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Bonn: Dietz 1993, S. 433–438. Hier S. 433, 435; Michael Meyen: Hauptsache Unterhaltung. Mediennutzung in den 50er Jahren. Münster: Lit 2001. Hier S. 170, 182.
- ⁷ Kepplinger (1999) (wie Anm. 5); Konrad Dussel: Vom Radio- zum Fernsehzeitalter. Medienumbrüche in sozialgeschichtlicher Perspektive. In: Axel Schildt (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hamburg: Christians 2000, S. 673–694; Meyen (2001) S. 222f. (wie Anm. 6); Christina von Hodenberg: Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973. Göttingen: Wallstein Verlag 2006.

berale Bundesregierung startete mehrere Gesetzesinitiativen, die auf die innere und äußere Organisation der Presse zielten.⁸

Der vorliegende Beitrag verknüpft Medienpolitik, Mediengeschichte und Medialisierungsperspektive und kann auf diese Weise zeigen, dass die mit Medienumbrüchen einhergehenden medienpolitischen Debatten den Medien selbst bestimmte diskursive Optionen eröffnen, die Folgen für die Wirksamkeit und Legitimität medienpolitischer Entscheidungen haben können. Der Beitrag folgt der Forderung nach »einer vertieften rollentheoretischen Analyse« der Medien als »resonanzstärkste Subjekte und Objekte von Medienpolitik zugleich«.⁹ Das ambivalente Interesse medienpolitischer Akteure dient dabei als Ausgangspunkt: Staat und Parteien stehen in dem »latenten Spannungsverhältnis zwischen politischem Eigeninteresse und Gemeinwohlverpflichtung«¹⁰ und Gewerkschaften sind hin und hergerissen zwischen »demokratie-orientiertem« Interesse und dem »Ziel, öffentliche Aufmerksamkeit für die Interessen der Beschäftigten zu sichern«.¹¹

Der Beitrag beschreibt im folgenden Abschnitt, auf welche Regulierungspläne von SPD und Gewerkschaften die Verleger reagierten und wie diese Pläne mit den Sichtbarkeitsproblemen dieser Organisationen zusammenhingen. Anschließend wird der theoretische Rahmen skizziert, der diese Studie angeleitet hat sowie ihre Quellen und Methoden. In fünf Abschnitten wird dann dargestellt, wie der Verlegerverband die Regulierungspläne delegitimierte und dabei von der Presseberichterstattung unterstützt wurde.

2. DIE VERLEGER UNTER DRUCK: DIE REGULIERUNGSPÄNE DER GEWERKSCHAFTEN UND DER SPD

Die Regulierungspläne der Gewerkschaften und der SPD zielten auf gesetzliche Schranken für Pressekonzentration, die Entwicklung eines Bundespresserechtsrahmengesetzes, mit dem die Kompetenzaufteilung zwischen Verleger und Redaktion geklärt werden sollte, sowie auf den Tendenzschutz, der die Rechte des Verlegers schützte und die Mitbestimmung des Betriebsrats in Presseunternehmen einschränkte. Diese Pläne stellten die unternehmerischen und publizistischen Entscheidungsspielräume der Verleger infrage.

Die pressepolitischen Initiativen hingen mit den Problemen zusammen, die Gewerkschaften und SPD mit ihrer eigenen Sichtbarkeit hatten. Das erste Problem war die Presseberichterstattung, vor allem die der konservativen Blätter. Eckart Spoo, der Vorsitzende der Deutschen Journalisten-Union, beklagte, dass die »Arbeitswelt kein

⁸ Norbert Frei: Die Presse. In: Wolfgang Benz (Hg.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Band 4: Kultur. Frankfurt am Main: Fischer 1983, S. 275–317; Jan Tonnemacher: Kommunikationspolitik in Deutschland. Konstanz: UVK 2003.

⁹ Ulrich Saxer: Einführung: Medienpolitik in Theorie und Praxis. In: Otfried Jarren / Patrick Donges (Hg.): Ordnung durch Medienpolitik? Konstanz: UVK 2007, S. 11–36. Hier S. 24.

¹⁰ Ulrich Sarcinelli: Politische Kommunikation in Deutschland. Wiesbaden: VS 2009. Hier S. 33.

¹¹ Barbara Hemkes: Spurensuche zwischen Rundfunkrat und Pressemitteilung: Beteiligung der Gewerkschaft an den Medien. In: Hansjürgen Kleinsteuber / Sabine Nehls (Hg.): Media Governance in Europa. Regulierung – Partizipation – Mitbestimmung. Wiesbaden: VS 2011, S. 197–214. Hier S. 197.

Thema in der Presse« sei.¹² SPD-Politiker hatten ab Ende der 1960er Jahre zunehmend ihren Unmut über die Kampagnen aus dem Hause Springer beklagt, besonders im Vorfeld der Wahlen. Beide Organisationen verknüpften diese Kritik mit der Pressekonzentration. Immer weniger Verleger schienen über politische Meinungsbildung entscheiden zu können.¹³ Die IG Druck und Papier hatte schon 1967 Presseausschüsse vorgeschlagen, die Kooperations- und Konzentrationsvorgänge in der Presse kontrollieren sollte und Gewerkschaftsvertreter als Mitglieder vorsah.¹⁴ Die Gewerkschaften diskutierten auch die Ideen, Pressekonzentration über Marktanteilsbegrenzungen und Entflechtung zu bekämpfen.

Das zweite Problem waren die Zeitungen und Zeitschriften, die SPD und Gewerkschaften selbst herausgaben.¹⁵ Diese konnten auf dem kommerzialisierten Pressemarkt nicht reüssieren. Die SPD- und Gewerkschaftspresse richtete sich nur an einen bestimmten Teil der Bevölkerung, während die nach dem Geschäftsprinzip operierenden Angebote auf eine möglichst große Nutzerzahl zielten und deshalb auf die Bedürfnisse der Nutzer achten mussten.¹⁶ Zwischen 1946 und 1974 wurden 26 SPD-Zeitungen eingestellt.¹⁷ Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte bereits 1950 über seinen Einfluss auf die öffentliche Meinung nachgedacht,¹⁸ zwanzig Jahre später beschäftigten sich mehrere Bundeskongresse mit der »Wirksamkeit der Gewerkschaftspresse« und den Kosten, die sie verursachte.¹⁹ In den »Gewerkschaftlichen Monatsheften« wurde gewarnt, dass die Gewerkschaften »auf die Dauer den öffentlichen Kampf um den Einfluß auf das Bewußtsein der Massen, und zwar auch ihrer eigenen Mitglieder, verlieren«. Sie unterschätzten die »bewußtseinsbildende Macht von privaten Medienkonzernen« und müssten endlich ein einheitliches medienpolitisches Gesamtkonzept entwickeln.²⁰

Die Pressekonzentration bot nicht nur die Gelegenheit, über alternative Organisationsformen für die Presse zu diskutieren,²¹ sondern auch einen (neuen) Anlass,²² die

¹² Eckart Spoo: Warum wir innere Pressefreiheit brauchen. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 22. Jg. 1971, S. 129–136. Hier S. 130.

¹³ Anna Reifenberger / Hannah Marie Schulze / Sarah Thanscheidt: Willy Brandt. In: Thomas Birkner (Hg.): Medienkanzler. Politische Kommunikation in der Kanzlerdemokratie. Wiesbaden: VS 2016, S. 109–152. Hier S. 136–138.

¹⁴ Richter (1973) S. 281 (wie Anm. 2).

¹⁵ Walter J. Schütz: Sozialdemokratische Zeitungen: Statistik der Marktveränderungen zwischen 1945 und 2004. In: Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte, 6. Jg. 2004, S. 130–156.

¹⁶ Jarren (1993) S. 435 (wie Anm. 6).

¹⁷ Walter J. Schütz: Entwicklung der Tagespresse. In: Jürgen Wilke (Hg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Köln: Böhlau 1999, S. 109–134. Hier S. 115; Schütz (2004) (wie Anm. 15).

¹⁸ Hans Böckler: Geleitwort. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1. Jg. 1950, Nr. 1, S. 1f.

¹⁹ Dokumentation zu Fragen der gewerkschaftlichen Publizistik. Achter ordentlicher DGB-Bundeskongress, München, 18. bis 23. Mai 1969. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 24. Jg. 1973, Nr. 5, S. 323–327.

²⁰ Lothar Pinkall: Die ungenutzten Möglichkeiten gewerkschaftlicher Medienpolitik. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 24. Jg. 1973, Nr. 5, S. 308–311. Hier S. 309–310.

²¹ Die Meinungsfreiheit muss gesichert werden. In: Die Feder 18. Jg. 1972, Nr. 7/8, S. 8–10.

inneren Machtverhältnisse in der Presse aufzugreifen. Eckart Spoo begründete die Einführung einer gesetzlichen Sicherung redaktioneller Mitbestimmung mit der »Monopolisierung der Macht über die öffentliche Meinung«.²³ Während in den Jahrzehnten zuvor unter diesem Begriff die Unabhängigkeit der Redaktion von wirtschaftlichen Interessen und die Freiheit des Verlegers angesprochen worden waren, wurde »innere Pressefreiheit« nun umgedeutet: Gemeint waren jetzt Bestrebungen, die die Stellung des Journalisten gegenüber dem Verleger stärkten, über Kompetenzabgrenzungen zwischen Verlag und Redaktion sowie Mitsprache-, Mitbestimmungs- und Informationsrechte von Journalisten bei personellen und wirtschaftlichen Entscheidungen.²⁴ Das »Durchschlagen des unternehmerischen Gewinninteresses« auf den Textteil sollte verhindert werden.²⁵ Die Debatte wurde von der IG Druck und Papier forciert, deren Vertreter gemeinsam mit dem Journalistenverband in der Günther-Kommission gefordert hatten, verlegerische Kontrollrechte zu beschränken und journalistische Mitbestimmungsrechte einzuführen.²⁶ 1968 veröffentlichte die IG Druck ihren Gesetzesentwurf für ein »Bundes-Presserahmengesetz«.²⁷ Nach ihrer Auffassung, der sich auch der DGB anschloss, sollte der Tendenzschutzparagraph des Betriebsverfassungsgesetzes abgeschafft werden und damit der Schutz verlegerischer Autonomie. Betriebsräte sollten mehr Mitwirkungsrechte erhalten.²⁸ Bei der SPD, die mit dem Slogan »Mehr Demokratie wagen« an die Regierung gekommen war, fielen die Vorschläge für gesetzliche Regelungen der Pressekonzentration und der inneren Pressefreiheit auf fruchtbaren Boden. Sie kündigte an, eine Pressefusionskontrolle durchsetzen zu wollen, Mitbestimmungsregeln im Pressebereich sowie eine Änderung des Betriebsverfassungs-

²² Die Debatte um innere Pressefreiheit war nicht neu, vgl. Richter (1973) (wie Anm. 2); Rudolf Stöber: Pressefreiheit und Verbandsinteresse. Die Rechtspolitik des »Reichsverbands der Deutschen Presse« und des »Vereins Deutscher Zeitungs-Verleger« während der Weimarer Republik. Berlin: Colloquium 1992. In den 1950er Jahren gab es Anläufe, journalistische Mitbestimmung gesetzlich zu regeln, vgl. Christina Holtz-Bacha: Redaktionsstatuten – eine Bilanz nach 30 Jahren. In: Wolfgang Duchkowitsch / Wolfgang R. Langenbucher (Hg.): Journalismus als Kultur. Analysen und Essays. Opladen: Westdeutscher Verlag 1998, S. 73–81. Hier S. 73.

²³ Eckart Spoo (1971) S. 129 (wie Anm. 12).

²⁴ Peter Glotz / Wolfgang R. Langenbucher: Mitbestimmung und Kommunikation. Eine Analyse der Diskussionen um die »innere Pressefreiheit«. In: Fritz Hufen (Hg.): Politik und Massenmedien. Aktuelle Themen eines ungeklärten Verhältnisses. Mainz: v. Hase & Köhler 1970, S. 273–301; Holtz-Bacha (1998) S. 73 (wie Anm. 22).

²⁵ Richter (1973) S. 200 (wie Anm. 2).

²⁶ Gerd Bucerius: Der angeklagte Verleger. Notizen zur Freiheit der Presse. München: Piper 1974. Hier S. 13.

²⁷ Die Feder 16. Jg. 1968, Nr. 11, S. 2–4; vgl. Glotz/Langenbucher (1970) S. 275 (wie Anm. 24); Frei (1983) S. 309 (wie Anm. 8).

²⁸ Jan Tonnemacher: Prognosen für Massenmedien als Grundlage der Kommunikationspolitik in der BRD. Berlin: Freie Universität Berlin 1976 (= Dissertation). Hier S. 166; Frei (1983) S. 310 (wie Anm. 8).

gesetzes.²⁹ Der Vorentwurf für ein Presserechtsrahmengesetz von 1974 war ein Kompromiss, in dem die Kompetenzen des Verlegers nicht weiter angetastet wurden.³⁰ Nach vielem Hin und Her scheiterte die Regulierungsinitiative.³¹ Der Tendenzschutz für Presseverlage im Betriebsverfassungsgesetz wurde nicht abgeschafft. Gerhart Baum (FDP), in den 1970er Jahren mit Medienpolitik beauftragter parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, erinnerte sich, dass von den presserechtlichen Vorhaben der sozialliberalen Koalition »nur [...] ein Brocken« übrigblieb, die Einführung einer Pressefusionskontrolle im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen.³² Die Pressefusionskontrolle war 1976 gegen den Widerstand von CDU/CSU verabschiedet worden.³³

3. AKTEUR-STRUKTUR-DYNAMIKEN UND MEDIALISIERUNG

Der Theorie des deutschen Soziologen Uwe Schimank erlaubt es, den Verlegerverband als eine in spezifischen Akteurkonstellationen und Strukturen agierende Interessenorganisation zu begreifen, die ihre medienpolitischen Strategien auf die Beobachtung der anderen Akteure stützt. Schimank zufolge unterstützen die in ein soziales Geschehen involvierten Akteure, dass alle auf Basis derselben »Akteurfiktion« handeln.³⁴ Aus der Medialisierungsperspektive ist darunter Folgendes zu verstehen: Medienpolitische Akteure nehmen an, dass Massenmedien Wirkungen haben und wollen diese Wirkungen nutzen, um ihre eigenen Ziele zu erreichen. Nur weil sie an Medienwirkungen glauben,

²⁹ Frei (1983) S. 310 (wie Anm. 8); Holtz-Bacha (1998) S. 75 (wie Anm. 22); Tonnemacher (2003) S. 134 (wie Anm. 8). Die sozialliberale Regierung ermutigte Verleger und Journalistenverbände, eine tarifvertragliche Einigung zu finden.

³⁰ Der einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellte Vorentwurf der Bundesregierung (Juli 1974) sollte die Kompetenzaufteilung zwischen Redakteur und Verleger festschreiben. Der Begriff des Verlegers (wie auch Chefredakteur, Redakteur) sollte verbindlich definiert, der Grundsatz der Freiheit der Presse ausgeführt, die Rechte von Verlegern und Redakteuren (Grundsatz-, Richtlinien- und Detailkompetenz) festgelegt und Redakteuren das Recht eingeräumt werden, an bestimmten Entscheidungen (z.B. Änderung der Grundhaltung einer Zeitung) beteiligt zu werden. Der Tendenzschutz im Betriebsverfassungsgesetz sollte unangetastet bleiben, Rechte aus dem Pressegesetz nicht an den Betriebsrat übergehen, vgl. Tonnemacher (1976) S. 164–166 (wie Anm. 28). Der Vorentwurf ist dokumentiert in: Wolfgang Hoffmann-Riem / Harro Plander: Rechtsfragen der Pressereform. Baden-Baden: Nomos 1977, S. 213–225.

³¹ Heribert Schatz / Christofer Habig / Nikolaus Immer: Medienpolitik. In: Klaus von Beyme / Manfred G. Schmidt (Hg.): Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag 1990, S. 331–359. Hier S. 349.

³² Gerhart Baum: Die Pressefreiheit in meinem politischen Leben. Rückblick und Ausblick. Vortrag im Otto Suhr-Institut der Freien Universität Berlin am 9. Juli 2012. [http://www.osi-club.de/politik_kommunikation/ringvorlesung_2012/uebersicht_und_dokumentation/\[18.7.2016\]](http://www.osi-club.de/politik_kommunikation/ringvorlesung_2012/uebersicht_und_dokumentation/[18.7.2016]). Hier S. 1.

³³ Schatz/Habig/Immer (1990) S. 341 (wie Anm. 31).

³⁴ Uwe Schimank: Handeln und Strukturen. Einführung in die akteurtheoretische Soziologie. Weinheim: Beltz-Juventa 2010.

macht medienpolitisches Handeln für sie Sinn.³⁵ Medienorganisationen – Verlegerverbände – mögen diese Wirkungsannahmen teilen oder nicht, ausschlaggebend ist, dass sie um diese Annahmen wissen und sich dazu verhalten müssen, denn diese Fiktionen führen zu Regulierungsdebatten, die ihre Aktivitäten einschränken (und manchmal unterstützen) können. Medienorganisationen antizipieren, dass gesellschaftliche Akteure auf Medienwandel (auf ihre veränderten Sichtbarkeitschancen in der Öffentlichkeit) reagieren und dass diese Akteure das (auch) über Medienpolitik tun.

Mit Schimank werden die Konstellationsformen Beobachtung und Beeinflussung aus Verlegersicht untersucht.³⁶ Beeinflussung kann über Kommunikation rekonstruiert werden, über diskursive Strategien, die auf Fachöffentlichkeit als auch breitere Öffentlichkeit zielen.³⁷ Beeinflussung stützt sich auf Beobachtung und Wissen über die anderen Akteure in der Medienpolitik. Wie die Verleger die Presseregulierungsdebatten gedeutet und bewertet haben, was ihre eigenen Interessen waren, welche diskursiven Strategien sie eingesetzt haben und auf welche Ressourcen sie sich stützen konnten, steht im Zentrum der Analyse. Mit diskursiven Strategien sind Deutungen, Bewertungen, rhetorische Mittel gemeint.³⁸

Den Akteur-Struktur-Dynamiken zufolge kann man diskursive Strategien nur verstehen, wenn man die sozialen Strukturen berücksichtigt, in denen sie entwickelt werden. Mit Schimank werden Deutungs-, Erwartungs- und Konstellationsstrukturen unterschieden.³⁹ Mit Konstellationsstrukturen sind nicht nur die Verteilung von Ressourcen und Positionen im politischen Raum (etwa das Standing als etablierter oder abseitiger politische Akteur) gemeint, sondern auch die Strukturen des Mediensystems und die Bedeutung öffentlicher Kommunikation. Erwartungsstrukturen sind kodifizierte normative Vorgaben für die Presse und informelle Erwartungen an Verleger und Presse. Deutungsstrukturen sind verfestigte Bedeutungszuschreibungen für die Presse, etwa die Idee der freien Presse als Voraussetzung für politische Meinungsbildung.

Weil mit Schimank Handeln in Konstellationen immer Folgen für Strukturen hat, erlaubt die Analyse der Verlegerstrategien und der Presseberichterstattung am Ende auch Schlussfolgerungen für die Strukturen der Medienpolitik, genauer für den Zusammenhang zwischen Medialisierung, medienpolitischer Akteurskonstellation und politischer Gestaltbarkeit öffentlicher Kommunikationsstrukturen.⁴⁰

³⁵ Meyen (2014) (wie Anm. 1). Unter medienpolitischem Handeln wird hier das Entwickeln von gesetzlichen Regelungen, Hilfsmaßnahmen oder anderen Instrumenten verstanden oder das Einfordern solcher Regelungen durch nicht-staatliche Akteure.

³⁶ Schimank (2010) S. 351 (wie Anm. 34).

³⁷ Otfried Jarren: Medienpolitische Kommunikation. In: Otfried Jarren / Ulrich Sarcinelli / Ulrich Saxer (Hg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag 1998, S. 616–631. Hier S. 619.

³⁸ Paolo Donati: Die Rahmenanalyse politischer Diskurse. In Rainer Keller / Andreas Hirseland / Werner Schneider / Willy Viehöver (Hg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. Wiesbaden: VS 2006, S. 147–177.

³⁹ Schimank (2010) S. 204–206 (wie Anm. 34).

⁴⁰ Schimank (2010) S. 187 (wie Anm. 34).

4. METHODEN UND QUELLEN

Aus den Akteur-Struktur-Dynamiken ergeben sich die Untersuchungskategorien, die den Untersuchungszeitraum, die Auswahl und Auswertung der Quellen angeleitet haben: Akteurkonstellation, Interessen, diskursive Strategien und Ressourcen des BDZV und soziale Strukturen. Die Reaktionen der Verleger werden im Zeitraum von 1968 bis 1976 untersucht. 1968, weil sich die »Gefahr gesetzgeberischer Maßnahmen« zwar schon früher abgezeichnet hatte, mit dem Bericht der Günther-Kommission im September 1967 aber klarere Konturen erhielt.⁴¹ Der Bericht der Kommission produzierte eine Argumentationshilfe für diejenigen Akteure, die sich für staatliche Intervention einsetzten: Die IG Druck und Papier mit dem bereits erwähnten Gesetzentwurf für ein »Bundes-Presserahmengesetz«, in der SPD kursierte ein Entwurf für ein »Pressefreiheitsgesetz« von Peter Glotz,⁴² und 1970 legte ein Professorenkreis einen Gesetzesvorschlag »zum Schutz freier Meinungsbildung« vor.⁴³ Das Ende des Untersuchungszeitraums ergibt sich erstens aus dem Jahr der Pressefusionskontrolle und zweitens daraus, dass trotz der erneuten Ankündigung von Helmut Schmidt absehbar war, dass ein Presserechtsrahmengesetz nicht mehr zustande kommen würde.⁴⁴

Das Material setzte sich aus mehreren Quellen zusammen, zunächst aus Publikationen des BDZV wie dem Verbandsorgan »ZV+ZV« (insbesondere der Rubrik »Aktuelles aus dem Pressewesen«), der Zeitschrift »Die Zeitung. Nachrichten und Meinungen zur Medienpolitik, Politikpapieren, Reden des Verbandsvorsitzenden, BDZV-Jahrbüchern und -Schriftenreihe. Es wurden des Weiteren auch Quellen einzelner Verlage und Verleger einbezogen (Biographien, Festschriften, Monographien, Politikpapiere). Diese Dokumente geben Aufschluss über Interessen und diskursive Strategien des BDZV, über die Akteurkonstellationen, die er beobachtete und seinen Ressourceneinsatz. Sekundärliteratur über den BDZV, Medienentwicklung und Medienpolitik im Untersuchungszeitraum lieferte Aufschluss über die sozialen Strukturen, in denen die Verleger operierten. Die Dokumentenanalyse wurde durch eine qualitative Inhaltsanalyse der Presseberichterstattung ergänzt. Medienorganisationen können mit Berichterstattung »auf die öffentliche Diskussion ihrer eigenen Belange Einfluss« nehmen.⁴⁵ Nun verfügte der Verlegerverband aber nicht direkt über diese Ressource, allenfalls seine Mitglieder. Gerd Bucerus hat in der »Zeit« immer wieder über Pressepolitik geschrieben.⁴⁶ Auch könnten Verleger- und Redaktionsinteressen bei innerer Pressefreiheit und Pressekonzentration auseinander gegangen sein.⁴⁷ Weil dieser Bei-

⁴¹ Richter (1973) S. 246, 261 (wie Anm. 2).

⁴² ZV+ZV 1968, S. 2042f.; Peter Glotz / Wolfgang R. Langenbucher: Der missachtete Leser. Zur Kritik der deutschen Presse. Berlin: Kiepenheuer & Witsch 1969, S. 185–197.

⁴³ Glotz/Langenbucher (1970) S. 275 (wie Anm. 24).

⁴⁴ Tonnemacher (2003) S. 135 (wie Anm. 8).

⁴⁵ Otfried Jarren / Patrick Donges: Massenmedien. In: Arthur Benz / Susanne Lütz / Uwe Schimank / Georg Simonis (Hg.): Handbuch Governance. Wiesbaden: VS 2007, S. 452–461. Hier S. 459.

⁴⁶ Vgl. exemplarisch Gerd Bucerus: Wozu braucht man Verleger? Plädoyer für das eigene Risiko. In: Die Zeit, 8.3.1974.

⁴⁷ Nach 1945 zumindest hatte das Thema bei den Journalisten keinen größeren Widerhall gefunden, obwohl der Deutsche Journalistenverband und die Deutsche Journalisten-Union

trag über verlegerische Lenkungsversuche der Redaktionen nur spekulieren könnte, will er lediglich Aussagen darüber treffen, ob die Berichterstattung den Verlegerinteressen genützt hat oder nicht. Deshalb wurde untersucht, ob es Berichterstattung gab und wie die Redaktionen Pressekonzentration und innere Pressefreiheit gedeutet und präsentiert haben. Die Auswahl der Presseangebote orientierte sich an folgenden Kriterien, die darauf zielten, das Spektrum unterschiedlicher Positionen abzudecken:

1. Überregionale Meinungsführerpresse: beeinflusste Entscheidungsträger im politisch-administrativen System und den gesellschaftlichen Organisationen.
2. Redaktionelle Linie: prägte die medienpolitische Position.
3. Besitzstruktur: Eine SPD-Parteizeitung wie die ›Westfälische Rundschau‹ (1974 vom ›WAZ‹-Konzern übernommen, die SPD behielt einen Minderheitsanteil)⁴⁸ produzierte eine andere Politikberichterstattung als eine privatwirtschaftliche Zeitung.
4. Die auflagenstärkste Tageszeitung aus den durch die vorangegangenen Kriterien noch nicht erfassten fünf größten Tageszeitungsverlagen (Stand 1976): Stuttgarter Zeitungsverlag, WAZ-Gruppe. Annahme: Je größer eine Redaktion in einem Großverlag, umso weniger leicht kann von Verlegerseite inhaltlich eingegriffen werden.⁴⁹

Es wurden neun Presseangebote untersucht: ›Der Spiegel‹, ›Die Zeit‹, ›Die Welt‹, ›Süddeutsche Zeitung‹, ›Frankfurter Rundschau‹, ›Westfälische Rundschau‹, ›Frankfurter Allgemeine Zeitung‹, ›Stuttgarter Zeitung‹, ›Westdeutsche Allgemeine Zeitung‹. Die Auswahl der Artikel bestand aus mehreren Schritten. Zuerst wurden medienpolitische Ereignisse im Untersuchungszeitraum festgelegt (Gesetzesentwürfe und -verfahren, Parteitage, Kongresse und andere Initiativen der Bundesregierung, des Bundestags und der Parteien) und im zeitlichen Umfeld dieser Ereignisse in den Presseangeboten nach Artikeln gesucht. Im zweiten Schritt wurde das gesammelte Material weiter reduziert (Schwerpunkt: Kommentare sowie längere Artikel, die Deutungen anboten).⁵⁰ Formale Kategorien (Platzierung, Bebilderung, Autor, Textform) erlaubten Rückschlüsse auf die Bedeutung der Themen für die Redaktion.⁵¹ Um die Aufmerksamkeit, die Pressepolitik um 1970 von den Redaktionen zugeschrieben wurde, einordnen zu können, wurde sie mit der Berichterstattung über den Referentenentwurf des Bundespressegesetzes verglichen, der am 12.3.1952 veröffentlicht worden war.⁵²

mehrere Mobilisierungsversuche unternommen hatten, vgl. Jarren (1993) S. 436 (wie Anm. 6). Eine Untersuchung des Instituts für Demoskopie in Allensbach fand 1973 (in einer methodisch kritisierten Studie) heraus, dass zwischen Verlegern und Journalisten keine großen Differenzen bestanden, vgl. Die Zeitung 1973, Nr. 1, S. 1, 5.

⁴⁸ Schütz (2004) S. 132 (wie Anm. 15).

⁴⁹ Stöber (1992) S. 8 (wie Anm. 22). Eine Zeitung aus dem viertgrößten Verlag DuMont Schauberg konnte aus Ressourcengründen nicht mit einbezogen werden.

⁵⁰ Die Durchsicht von ›Die Zeit‹ stützte sich auf das Online-Archiv (www.zeit.de). In der Online-Darstellung werden keine Seitenzahlen angegeben.

⁵¹ Michael Meyen / Maria Löblich / Senta Pfaff-Rüdiger / Claudia Riesmeyer: Qualitative Forschung in der Kommunikationswissenschaft. Wiesbaden: VS 2011.

⁵² Norbert Frei: »Was ist Wahrheit?« Der Versuch einer Bundespressegesetzgebung 1951/52. In: Hans Wagner (Hg.): Idee und Wirklichkeit des Journalismus. Festschrift für Heinz Starkulla. München: Olzog 1988, S. 75–91.

5. REAKTIONEN DES BDZV AUF EINE MEDIALISIERTE PRESSEPOLITIK

Die ablehnende Position der Verleger gegenüber jeglichen Versuchen, ihre Entscheidungsspielräume und Zuständigkeiten zu beschneiden, ist auch aus früheren Untersuchungen bekannt und wenig überraschend.⁵³ Die Verleger waren stattdessen an Hilfsmaßnahmen interessiert, vor allem an Steuererleichterungen, um die von ihnen als »Strukturkrise« dargestellte wirtschaftliche Situation zu bewältigen (konjunkturelle Probleme, steigende Papierpreise).⁵⁴ Die folgenden Abschnitte wollen nicht zeigen, dass es dem Verlegerverband um seine »Gruppeninteressen« ging und nicht um Gemeinwohl, Demokratie oder andere gesellschaftliche Ziele.⁵⁵ Ziel ist es herauszufinden, welche Möglichkeiten sich den Verlegern eröffneten, weil gesellschaftliche Organisationen ihre Kommunikationsprobleme über Pressepolitik bearbeiten wollten.

5.1. Identifikation von Gewerkschaften und SPD als Hauptgegner

Der Verlegerverband beobachtete alle Akteure, die sich in der medienpolitischen Debatte engagierten. Hellmut Girardet, BDZV-Präsident, stellte auf der Verlegertagung 1969 fest, dass »man sich in fast allen Bereichen der Gesellschaft mit dem Problem der Pressekonzentration« beschäftigte.⁵⁶ Organisationen, die die Gesellschaft umgestalten oder sogar revolutionieren wollten, bereiteten besondere Sorge. Dazu gehörten die sozialliberale Bundesregierung und vor allem die SPD, die Gewerkschaften und Teile der Wissenschaft, die eine »gesellschaftliche Kontrolle von monopolistischer Presse« anstrebten.⁵⁷ Diesen Reformkräften wurde unterstellt, von »Ideologen« unterwandert zu sein, von linken Bewegungen, die die »Gesellschaft umzufunktionieren« suchten. »Extreme Gruppen attackieren die Zeitung« und wollen sie »sozialisieren«, schrieb Girardets Nachfolger Johannes Binkowski.⁵⁸ Damit spielte der Verleger der »Schwäbischen Post« auf die Sozialisierungsdebatte an, die schon in der Weimarer Republik die Spalten des »Zeitungs-Verlags« gefüllt hatten.⁵⁹

Nimmt man die Permanenz und Intensität als Kriterium, mit der die Gewerkschaften in den BDZV-Organen beobachtet und problematisiert wurden, dann trieben die Arbeitnehmervertreter und ihre Forderung nach Abschaffung des Tendenzschutzes die Verleger besonders um.⁶⁰ Die Gewerkschaften sowie der Deutsche Journalistenverband hatten ihre Forderungen für die Regelung von innerer Pressefreiheit und

⁵³ Stöber (1992) (wie Anm. 22); Kurt Koszyk: Presse und Pressekonzentration in den 50er Jahren. In: Axel Schildt / Arnold Sywottek (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn: Dietz 1993, S. 433–457.

⁵⁴ ZV+ZV 1972, S. 692; Jürgen Wilke: Die Tagespresse der siebziger Jahre. In: Werner Faulstich (Hg.): Die Kultur der siebziger Jahre. München: Wilhelm Fink Verlag 2004, S. 81–98. Hier S. 84.

⁵⁵ Richter (1973) S. 291 (wie Anm. 2).

⁵⁶ ZV+ZV 1969, S. 858.

⁵⁷ Glotz/Langenbucher (1969) S. 176, 186 (wie Anm. 42).

⁵⁸ ZV+ZV 1970, S. 2644.

⁵⁹ Kurt Koszyk: Deutsche Presse 1914–1945. Geschichte der deutschen Presse Teil III. Berlin. Colloquium Verlag 1972. Hier S. 46f.

⁶⁰ ZV+ZV, 1968, S. 1669, 2128; ZV+ZV, 1969, S. 28; ZV+ZV, 1974, S. 1137; Die Zeitung, 1974, Nr. 5, S. 1, Nr. 10, S. 1.

Pressekonzentration formuliert.⁶¹ Der DGB-Vorsitzende verlangte zum Beispiel in einem langen ›Spiegel-Interview‹ »das Mittel der Zwangsentflechtung«.⁶² Anders als verschiedene linke Gruppierungen, deren Ideen vom Verlegerverband zwar bekämpft wurden, aber als Akteure im politischen Raum nicht etabliert waren, waren Gewerkschaftsfunktionäre in Ministerämter gelangt.⁶³

Die Verlegerorgane erregten sich mehrfach darüber, dass gewerkschaftlich organisierte Drucker aus fertigen Druckplatten »unliebsame Artikel herausgefräst« hätten. Der Chefredakteur der ›Rheinischen Post‹ berichtete, dass auf diese Weise der Leitartikel seines Kollegen bei der ›Neuen Rhein-Zeitung‹ verschwunden sei.⁶⁴ Der Verbandspräsident kritisierte die »Zensur« der Gewerkschaften.⁶⁵ Diese versuchten auch über Streik, mehr Mitbestimmung in der Presse durchzusetzen. Die Drucker streikten im Untersuchungszeitraum mehrfach,⁶⁶ Redaktionen drohten damit (z.B. beim ›Stern‹).⁶⁷ Mehrere große Verleger schilderten ihre Angst vor dem, was der Soziologe Uwe Schimank »strategische Ressourcen- und Leistungsverweigerung« genannt hat.⁶⁸ ›Zeit-Verleger Gerd Bucerius befürchtete: »Die Gewerkschaft hat die Hand an der Kehle sämtlicher deutscher Verleger, [...] denn einen lang dauernden Streik kann kein Verlag überstehen.«⁶⁹ Trotz der sich ausbreitenden Computertechnik in Redaktionen, änderte sich in den 1970er Jahren nichts daran, dass die Produktion von Zeitungen von menschlicher Arbeit abhing und im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsbranchen nicht über komplette Automatisierung funktionieren konnte (und auch heute noch nicht kann).⁷⁰

5.2. Delegitimierung von Medienpolitik

Die Verleger wussten um die Kommunikationsprobleme von SPD und Gewerkschaften und setzten dieses Wissen ein, um Medienpolitik zu delegitimieren. Sowohl der Niedergang der SPD-Zeitungen und die Auseinandersetzung um das Pressemanage-

⁶¹ Die Deutsche Journalisten-Union forderte unter anderem »Mitbestimmung der Redaktion bei Änderungen der grundsätzlichen publizistischen Haltungen, des Redaktionsetats und des Stellenplans für die Redaktion, Informations- und Anhörungspflicht bei Änderung der Unternehmensform, der Eigentums- und Beteiligungsverhältnisse oder Verlagskooperationen«. Außerdem sollte ein Vetorecht der Redaktion bei Einstellung und Entlassung des Chefredakteurs eingerichtet werden, vgl. Tonnemacher (1976) S. 167 (wie Anm. 28); Ursula E. Koch: Angriff auf ein Monopol. Gewerkschaften außerhalb des DGB. Köln: Deutscher Institutsverlag 1981.

⁶² Der Spiegel 6.12.1976, Nr. 50, S. 85.

⁶³ Klaus Mertsching: Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1969–1975. Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert. Band 16. Bonn: Dietz 2013. Hier S. 10.

⁶⁴ Die Zeitung, 1974, Nr. 5, S. 2; vgl. auch Die Zeitung, 1973, Nr. 1, S. 1.

⁶⁵ ZV+ZV, 1974, S. 1137.

⁶⁶ ZV+ZV, 1974, S. 1137.

⁶⁷ Bucerius (1974) S. 70 (wie Anm. 26).

⁶⁸ Schimank (2010) S. 178 (wie Anm. 34); Tim von Arnim: »Und dann werde ich das größte Zeitungshaus Europas bauen«. Der Unternehmer Axel Springer. Frankfurt am Main: Campus 2012. Hier S. 245.

⁶⁹ Bucerius (1974) S. 113 (wie Anm. 26).

⁷⁰ Wilke (2004) S. 86–88 (wie Anm. 54).

ment innerhalb der Partei⁷¹ als auch die Unzufriedenheit der Gewerkschaften mit Kosten und Ertrag ihrer Blätter wurden von den Verlegern beobachtet.⁷² »In der Welt der sozialdemokratischen Zeitungen überwiegen die Ruinen«, schrieb Bucerius und zählte alle Einstellungen, Verkäufe und Zusammenlegungen von SPD-Zeitungen von den 1950er bis zu den 1970er Jahren auf. Verursacht sei die »Zeitungspest« durch Funktionärsmentalität sowie fehlendes journalistisches und geschäftliches Gespür.⁷³ Die Gewerkschaften würden die Gründe nicht bei sich selbst suchen, sondern bei der Presse, »die in ihrer Mehrheit wenig gewerkschaftsfreundlich« sei.⁷⁴ Als SPD-Politiker und Gewerkschaftsfunktionäre dann auch noch die Presseberichterstattung kritisierten, war eine Steilvorlage geliefert. »Die Zeitung« berichtete, dass Willy Brandt sich empört habe, dass »über die SPD [...] häufig nur das gebracht« wird, »was ganz bestimmten Leuten und ganz bestimmten Interessen in den Kram passt«⁷⁵ und ein Bundestagsabgeordneter der SPD habe im »Vorwärts« die »Regierungsblätter« angeprangert, die seiner Partei »nur noch schlechte Noten« gäben.⁷⁶ Ein paar Jahre später berichtete das Blatt, die SPD wolle gegen »feindlich gesinnte Monopolzeitungen« vorgehen.⁷⁷

Die Verleger nutzten diese Beobachtungen nicht nur, um die treibenden Kräfte von Presserechtsrahmengesetz und Fusionskontrolle als inkompetent zu entlarven. Wie können die »rundum Gescheiterten die Gesetze für die Erfolgreichen machen wollen?« fragte »Zeit-Verleger Gerd Bucerius.⁷⁸ Sie stellten Medienpolitik unter Generalverdacht. Medienpolitik sei nur Machtpolitik: »Medienpolitik und Pressefreiheit schließen einander aus«, resümierte ein Festredner anlässlich des 100. Jahrestags des Reichspressegesetzes, zu dessen Feier auch Politiker erschienen.⁷⁹ Der Redner konnte dabei auf die rechtlichen Strukturen setzen, die in den 1960er Jahren für die Pressefreiheit geschaffen und die Presse gesellschaftspolitisch aufgewertet hatten. Dazu gehörten die Urteile des Bundesverfassungsgerichts, Landespressegesetze und presserechtliche Kommentare, die Artikel 5 des Grundgesetzes in dieser Zeit ausformten.⁸⁰ Auf diese normativen Strukturen bezog sich auch der Axel-Springer-Verlag in seiner weit über 100 Seiten starken Kampfschrift »Medienpolitik – wozu?«. Die »Abteilung Information« führte die »immer neue(n) pressepolitische(n) Modelle« auf »das Streben gewisser Parteien und gesellschaftlicher Gruppen nach größerer Resonanz ihrer Auf-

⁷¹ So wurde über Vorschläge aus dem SPD-Parteivorstand berichtet, die SPD-Zeitungen in einer Holding zusammenzufassen und den Redaktionen »längere Leinen« zu lassen, vgl. ZV+ZV, 1974, S. 1340.

⁷² Die Zeitung, 1973, Nr. 1, S. 6.

⁷³ Bucerius (1974) S. 60, 62 (wie Anm. 26).

⁷⁴ Die Zeitung, 1973, Nr. 1, S. 6.

⁷⁵ Die Zeitung, 1974, Nr. 10, S. 3.

⁷⁶ Die Zeitung, 1974, Nr. 7, S. 1.

⁷⁷ Die Zeitung, 1976, Nr. 2, S. 19.

⁷⁸ Bucerius (1974) S. 66 (wie Anm. 26).

⁷⁹ ZV+ZV, 1974, S. 612.

⁸⁰ Wolfgang Donsbach: Journalismus und journalistisches Berufsverständnis. In: Jürgen Wilke (Hg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Köln: Böhlau 1999, S. 489–517. Hier S. 498f.

fassungen in der Presse« zurück.⁸¹ »Wie viele Parlamentarier«, fragte etwas vorsichtiger auch ein Redakteur der »Frankfurter Rundschau« in »Die Zeitung«,⁸² »setzen sich für ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht der Redakteure ein, weil sie hoffen, dann ein positiveres Echo zu finden?« Auch das Buch »Macht und Meinung« über die SPD-Medienpolitik, dürfte der Delegitimationsstrategie des Verlegerverbands zuzuordnen sein. Die beiden Autoren Karl Hugo Pruys (Journalist und stellvertretender Sprecher der CDU) und Volker Schulze (Mitarbeiter der BDZV-Pressestelle) vergaßen nicht, im Vorwort auf ihr »persönliches Engagement« hinzuweisen und auf ihr Bemühen, vorurteilsfrei zu bleiben.⁸³

5.3. Medialisierung des Verlegerverbands

Der Verlegerverband musste sich selbst an den Zwang anpassen, öffentlich sichtbar zu sein, und tat dies über Öffentlichkeitsarbeit. Während der BDZV erst nur auf Lobbying gesetzt hatte, kam nun Öffentlichkeitsarbeit hinzu. Damit reagierte die Organisation auf die mit dem Medienwandel einhergehende allgemeine Bedeutungszuschreibung öffentlicher Kommunikation. Öffentlichkeitsarbeit sollte das Image der Verleger verbessern, der allgemeinen Unkenntnis ihrer gesellschaftlichen Funktion entgegenwirken sowie all den »Kräften, die den Verleger in der Öffentlichkeit zu ver-teufeln versuchten.«⁸⁴ Der allgemeinen Medienwirkungsannahme folgend, belehrte Verbandspräsident Johannes Binkowski seine Mitglieder: Jede Organisation »gilt nur so viel, wie sie öffentlich wirksam wird«. Die »vornehme Zurückhaltung«, die der BDZV in der Vergangenheit geübt habe, könne nun »gefährlich werden.«⁸⁵ Der Präsident forderte jeden einzelnen Kollegen auf, »an die Öffentlichkeit (zu) treten.«⁸⁶

Die BDZV-Organisation wurde verändert: 1968 wurde eine Satzungsänderung verabschiedet, in der die Aufgaben des Verbands unter anderem um »die Wahrung und Förderung des Ansehens der Zeitungsverleger in der Öffentlichkeit« erweitert wurden.⁸⁷ Der Verband richtete eine »Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit« ein,⁸⁸ die in den 1970ern vom Verleger des »Kölner Stadt-Anzeigers« Alfred Neven DuMont geleitet wurde, der Präsidiumsmitglied war und sich nicht nur um Öffentlichkeitsarbeit,

⁸¹ Axel Springer Verlag AG, Abteilung Information: Medienpolitik – wozu? Berlin 1973. Hier S. 9.

⁸² Die Zeitung 1974, Nr. 7, S. 6.

⁸³ Karl Hugo Pruys / Volker Schulze: Macht und Meinung. Aspekte der SPD-Medienpolitik. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik 1975. Hier S. 7.

⁸⁴ ZV+ZV, 1974, S. 610.

⁸⁵ ZV+ZV, 1970, S. 2645.

⁸⁶ ZV+ZV, 1970, S. 2645; vgl. auch ZV+ZV 1970, S. 1116.

⁸⁷ ZV+ZV, 1969, S. 572; Walter J. Schütz (Hg.): Medienpolitik. Dokumentation der Kommunikationspolitik in der Bundesrepublik Deutschland von 1945 bis 1990. Konstanz: UVK 1999. Hier S. 148.

⁸⁸ Volker Schulze: Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger. Düsseldorf: Droste 1985. Hier S. 88.

sondern auch um die Medienpolitik kümmerte.⁸⁹ Veranstaltungen, Tagungen⁹⁰, Preisverleihungen,⁹¹ Forschungsaufträge, Jahresberichte und Schriftenreihe⁹² ergänzten das Repertoire an Maßnahmen, mit denen das Ansehen des Verlegers verteidigt werden sollte. Eine vom BDZV in Auftrag gegebene EMNID-Studie untersuchte das Berufsbild in der Öffentlichkeit.⁹³ 1966 war die Stiftervereinigung der Presse unter Vorsitz von Binkowski gegründet worden und hatte unter anderem Untersuchungen zur Berufszufriedenheit der Journalisten und zur inneren Pressefreiheit gefördert.⁹⁴ »Die Zeitung. Nachrichten und Meinungen zur Medienpolitik« riefen Alfred Neven DuMont und Johannes Binkowski 1973 ins Leben. Der Verband nutzte das Blatt als polemisierendes Geschwister von »ZV+ZV« und zielte auf Staat, Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Erwachsenenbildung und Journalisten, wie BDZV-Pressestellenmitarbeiter Volker Schulze später schrieb.⁹⁵ Schulze veröffentlichte in dieser Zeit außerdem einen kleinen Band, in dem er die Arbeit des BDZV vorstellte.⁹⁶

Investitionen in Öffentlichkeitsarbeit sind auch für die großen Verlage nachweisbar, die Treiber der Pressekonzentration waren. Die Gründung gemeinnütziger Stiftungen in den 1960er und 1970er Jahren ist dafür ein Beispiel. 1966 entstand die Axel-Springer-Stiftung durch Umwandlung der »Welt«-Stiftung und 1977 die Bertelsmann-Stiftung.⁹⁷ Diese Stiftungen dienten zur Imagepflege und waren nicht als Organisationsmodell gedacht wie bei der »Frankfurter Rundschau« und der »Zeit«.⁹⁸

- ⁸⁹ Wilhelm Sandmann (Hg.): *Zeitung in ihrer Zeit: Alfred Neven DuMont. Beiträge zur Medienpolitik in Deutschland 1962 bis 1996*. Bonn: ZV Zeitungsverlagsservice 1997. Hier S. 154.
- ⁹⁰ Johannes Binkowski: *Freiheit der Zeitung, Freiheit in der Zeitung – Ideologie und Wirklichkeit. Bericht über die Akademietagung des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger in der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach vom 15. bis 17. März 1970*. Bonn-Bad Godesberg: Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger 1970.
- ⁹¹ Seit 1973 wurde der journalistische Theodor-Wolff-Preis vom BDZV ausgeschrieben, ursprünglich eine Initiative der Axel-Springer-Stiftung, Schulze (1985) S. 66 (wie Anm. 88).
- ⁹² Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger: *BDZV-Schriftenreihe*. Bonn-Bad Godesberg 1968ff.; Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger: *Jahresbericht des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger*. Bonn-Bad Godesberg 1974ff.
- ⁹³ *BDZV* (1974) S. 113 (wie Anm. 92).
- ⁹⁴ *Die Zeitung*, 1973, Nr. 1, S. 1, 5; Elisabeth Noelle-Neumann: *Umfragen zur inneren Pressefreiheit. Das Verhältnis Verlag – Redaktion*. Düsseldorf: Droste 1977; Jürgen Wilke: *Außenseiter und Ressourcengeber. Außerakademische Einflüsse auf die deutsche Kommunikationswissenschaft durch individuelle und institutionelle Akteure*. In: Jürgen Wilke: *Personen, Institutionen, Prozesse. Fachgeschichtliche Beiträge zur Kommunikationswissenschaft und Medienforschung*. Köln: Halem 2010. Hier S. 186–189.
- ⁹⁵ Schulze (1985) S. 92 (wie Anm. 88).
- ⁹⁶ *Tageszeitungen*. Bonn: Boldt 1971.
- ⁹⁷ Arnim (2012) S. 401 (wie Anm. 68).
- ⁹⁸ Heiko Flottau: *Liberal auf schwankendem Boden. Die »Frankfurter Rundschau«*. In: Michael Wolf Thomas (Hg.): *Porträts der deutschen Presse*. Berlin: Verlag Volker Spieß 1980, S. 97–107. Hier S. 97; Ralf Dahrendorf: *Liberal und unabhängig*. Gerd Bucierius und seine Zeit. Frankfurt am Main: S. Fischer 2003. Hier S. 242.

5.4. Privatfernsehen als Lösung von Kommunikationsproblemen

Die Verleger bedienten die Eigeninteressen der Parteien an Medien, um ihre alten Forderungen nach einer Beteiligung am Fernsehen zu erneuern. Das breite Interesse gesellschaftlicher Akteure an Medienwirkungen und Medienpolitik sowie die Kabeltechnik produzierten eine neue Thematisierungsmöglichkeit, nachdem kommerzielles Fernsehen Ende der 1960er Jahre an Aufmerksamkeit verloren hatte.⁹⁹ Nutzten die Verleger einerseits die Eigeninteressen der Politiker zur Delegitimation der Medienpolitik, lieferten ihnen diese Interessen andererseits willkommene Anknüpfungspunkte, um neue Argumente für die Einführung des Privatrundfunks zu entwickeln. Sie bauten Brücken zum sozialdemokratischen Regierungslager als auch zur Unionsopposition.

Die SPD machte sich Anfang der 1970er Jahre Sorgen über ihre Darstellung in der Lokalpresse. Die Zahl der Menschen, die in Ein-Zeitungs-Kreisen lebte, war von knapp einem Zehntel der Gesamtbevölkerung 1954 auf ein knappes Drittel 1976 angestiegen.¹⁰⁰ Die Bekämpfung der Lokalmonopole war der SPD ein besonderes Anliegen¹⁰¹ und kann als ein Versuch der Sozialdemokraten interpretiert werden, für sich (auch regionale) Mehrheiten zu organisieren. Die diskursive Strategie des Verlegerverbands reagierte auf das Kommunikationsproblem. Während er sonst stets die Argumente zu entkräften gesucht hatte, die Lokalmonopole als Gefahr für die Meinungsvielfalt darstellten (»Freispruch für Zeitungen mit Monopolstellung«),¹⁰² folgte der BDZV in diesem Fall der sozialdemokratischen Rhetorik. Lokales Verlegerfernsehen (ermöglicht durch Kabelfernsehen) sei eine Möglichkeit, Pressevielfalt im lokalen Raum zu erhalten, betonte Verbandspräsident Girardet und vergaß nicht hinzuzufügen, dass damit »keineswegs eine Erweiterung der Macht der Zeitungsverleger« einhergehen würde, Zeitung und lokales Fernsehen würden erst »zusammen wieder dieselbe Kommunikationspotenz darstellen wie vorher die Zeitung alleine«.¹⁰³

Das konservative Lager wurde über das Deutungsschema »Rotfunk« bedient. Auf Unionsseite hatte seit dem sozialliberalen Regierungswechsel die Unzufriedenheit mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk zugenommen. Der Vorwurf lautete, die ARD-Anstalten betrieben linkslastigen Meinungsjournalismus. In der Forschungsliteratur wird auf die »Rotfunk-Kampagne« der CDU hingewiesen.¹⁰⁴ Gelegenheiten, dieses Deutungsschema zu nutzen, boten sich dem Verlegerverband immer dann, wenn ARD oder ZDF über Verlagshäuser berichteten. Mit der ZDF-Reportage »Wer regiert die Zeitungen?« (1969) wurden nach Darstellung der Verlegerfunktionäre »alle bisherigen Polemiken« übertroffen.¹⁰⁵ Der BDZV zog seine Kritik an dem Beitrag groß auf (»Ein

⁹⁹ Florian Kain: Das Privatfernsehen, der Axel Springer Verlag und die deutsche Presse. Münster: Lit 2003; Frank Bösch: Politische Macht und gesellschaftliche Gestaltung. Wege zur Einführung des privaten Rundfunks in den 1970/80er Jahren. In: Archiv für Sozialgeschichte, 52. Jg. 2012, S. 191–210. Hier S. 193.

¹⁰⁰ Schütz (2001) S. 620 (wie Anm. 4).

¹⁰¹ Der Spiegel, 3.1.1972, Nr. 1–2, S. 50–52.

¹⁰² Die Zeitung, 1974, Nr. 7, S. 1, vgl. auch 1975, Nr. 10, S. 1.

¹⁰³ ZV+ZV, 1969, S. 817, 858; vgl. ähnlich ein paar Jahre später Die Zeitung, 1975, Nr. 10, S. 8.

¹⁰⁴ Josef Schmid: Intendant Klaus von Bismarck und die Kampagne gegen den »Rotfunk« WDR. In: Archiv für Sozialgeschichte, 41. Jg. 2001, S. 349–381; Bösch (2012) (wie Anm. 99).

¹⁰⁵ Der Spiegel, 19.1.1970, Nr. 4, S. 140.

Musterbeispiel einseitiger und manipulierter Berichterstattung¹⁰⁶ und fand ein Echo in der Presse: Der »Spiegel« berichtete,¹⁰⁷ dass auf Wunsch des BDZV mehrfach der Fernsehrat aktiviert worden sei. Die Presseberichterstattung deutet darauf hin, dass es vor allem die zu den großen Presseverlagen gehörenden Zeitungen waren, die das Deutungsschema »Rotfunk« nutzten.¹⁰⁸ Die größeren Verlagshäuser dürften eher in der Lage gewesen sein, in das neue Geschäftsfeld zu investieren als die kleinen.¹⁰⁹ Die »Welt« ermunterte die Union, sich zum Privatfernsehen zu bekennen (»CDU-Medienpapier: Verleger am Kabelfernsehen beteiligen«)¹¹⁰ und spielte mit den Wirkungsannahmen: Die »massive Linkspropaganda vom Fernsehschirm« öffne Unionspolitikern endlich die Augen. Wenn dem Zustand ein Ende bereitet werden sollte, dass »eine bestimmte politische Gruppierung das Monopol auf diesem einflußstarken Gebiet in die Hände zu bekommen versucht«, dann müsste privates Fernsehen erlaubt werden.¹¹¹ Die CDU/CSU hatte bis Mitte der 1970er in der Frage des Privatfernsehens begonnen umzudenken und führende CDU-Politiker bekannten sich zu der neuen Organisationsform, von der sie sich Vorteile für ihre Partei erhofften.¹¹² Auch wenn die Kommunikationsinteressen der Parteien eine Gelegenheit boten, die Beteiligung am Werbefernsehen erneut zu fordern, kamen die Verleger damit nicht sofort zum Ziel. Ihre Strategie zahlte sich erst mit dem Regierungswechsel Anfang der 1980er Jahre aus.

5.5. Beabsichtigte und nicht intendierte Hilfestellung

An drei Indikatoren soll im Folgenden gezeigt werden, dass der BDZV von der Berichterstattung profitierte. Dabei muss gar nicht darüber spekuliert werden, ob die Verleger ihre Zeitungen in dieser Angelegenheit lenkten.¹¹³ Die pressepolitische Debatte fand ein breites Echo in der Presse. Über das gesamte Spektrum der untersuchten Angebote wurden Artikel gefunden. Die Artikel waren prominent platziert, alle Tageszeitungen setzten Medienpolitik auf die Titelseite oder teaserten Artikel und Kommentare, auch die Regionalzeitungen. Der »Spiegel« brachte drei Titel zur Pressekonzentration.¹¹⁴ Leitartikel und Kommentare deuten ebenfalls auf die Bedeutung hin, die die Redaktionen Pressekonzentration und innerer Pressefreiheit zuwiesen. Die Ausnahme bildete die »Westdeutsche Allgemeine Zeitung«, die sich mit Bewertungen zurückhielt und le-

¹⁰⁶ ZV+ZV, 1970, S. 1424f., 1460, vgl. auch ZV+ZV, 1969, S. 2544–2546.

¹⁰⁷ Der Spiegel, 19.1.1970, Nr. 4, S. 140.

¹⁰⁸ Bösch (2012) S. 197 (wie Anm. 99); Anlass bot auch die Sendung »Panorama«, vgl. Die Welt, 21.3.1974, S. 1f.

¹⁰⁹ Zu Axel Springers Plänen vgl. Kain (2003) (wie Anm. 99); Hans-Peter Schwarz: Axel Springer. Die Biographie. Berlin: Ullstein 2008. Rudolf Augstein schrieb in »Der Spiegel« gegen Springers Fernsehpläne: Der Spiegel, 26.1.1970, Nr. 5, S. 54.

¹¹⁰ Die Welt, 19.3.1975, S. 5.

¹¹¹ Die Welt, 19.3.1975, S. 4.

¹¹² Bösch (2012) S. 194, 198 (wie Anm. 99).

¹¹³ Peter Merseburger: Rudolf Augstein. Biographie. München: Deutsche Verlagsanstalt 2007. Hier S. 415; Peter Hoeres: Außenpolitik, Öffentlichkeit, öffentliche Meinung. Deutsche Streitfälle in den »dangen 1960er Jahren«. In: Historische Zeitschrift, Band 291, 2010, Nr. 3, S. 689–720. Hier S. 696, 700.

¹¹⁴ Der Spiegel, 29.1.1968, Nr. 5, 1.7.1968, Nr. 27, 9.3.1970, Nr. 11.

diglich kurze Berichte brachte. »Die Welt«, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, »Frankfurter Rundschau«, »Die Zeit«, »Der Spiegel« und die »Stuttgarter Zeitung« stechen heraus, sowohl hinsichtlich

des Umfangs: ganzseitige Artikel, etwa »Auch die Schweiz hat ihren Springer« in der »Stuttgarter Zeitung«, die Dokumentation des CDU-Medienkongresses in der »Frankfurter Rundschau«, »Zu viel oder zu wenig Öffentlichkeit?« in der FAZ oder der prominent auf der Titelseite beginnende und auf der zweiten Seite fortgeführte Bericht über die »Bundestagsdebatte über Pressegesetze« in der »Süddeutschen Zeitung«,¹¹⁵

- der Präsentationsformen: Interviews, beispielsweise in der »Stuttgarter Zeitung« mit FDP-Medienpolitiker Burkhard Hirsch, Leitartikel, Kästen wie etwa die »Bonner Kulisse« der »Welt«, Rezensionen,¹¹⁶
- als auch der Autoren (Die Welt: Chef-Kommentator Wilfried Hertz-Eichenrode, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«: Karl Friedrich Fromme, Ressortchef Innenpolitik, »Süddeutsche Zeitung«: Chefredakteur Hans Heigert, »Frankfurter Rundschau«: Gastbeitrag von Burkhard Hirsch, Nachrichtenchef Hans Michael Rathert; »Stuttgarter Zeitung«: Fritz Richert, Ressortchef Innenpolitik, und Hans Dieter Kloss, Ressortchef Wirtschaft; »Spiegel«: Chefredakteur Günter Gaus, »Der Spiegel« und »Die Zeit«: Verleger Rudolf Augstein und Gerd Bucerius).

Vergleicht man die Berichterstattung über die Medienpolitik im Untersuchungszeitraum mit der über das Bundespressegesetz, das die erste Bundesregierung Konrad Adenauers geplant hatte,¹¹⁷ dann wird deutlich, dass Medienpolitik Anfang der 1950er kein Thema für die Öffentlichkeit war. Zwanzig Jahre später war das Interesse vorhanden, auch wenn sicherlich »Medienpolitik nichts für ein breites Publikum« war, wie ein Leitartikler der »Frankfurter Rundschau« schrieb.¹¹⁸ Dieses Ergebnis wird hier mit der gewachsenen Bedeutungszuschreibung der Medien erklärt. Als die Organisationen sich an den Medienumbuch angepasst hatten, dürfte das Interesse wieder verschwunden sein und Medienpolitik nur noch geringe Resonanz in der Presse gefunden haben.¹¹⁹

Die Presseangebote bezogen Stellung gegen die geplante Sicherung der inneren Pressefreiheit. Im »Spiegel« erschien ein drei Seiten langer Verriss von Rudolf Augstein über den Entwurf des Presserechtsrahmengesetzes (»Das Sondergesetz«).¹²⁰ Ähnlich vehement war die Ablehnung bei der »Zeit«, deren Artikel »Auf dem Weg zum Funktionsstaat« der BDZV in seinem Kampfblatt abdruckte.¹²¹ Ausnahmen bildeten die »Westfälische Rundschau« (der SPD-Besitz produzierte einen Unterschied) und die

¹¹⁵ Stuttgarter Zeitung, 4.7.1968, S. 3; Frankfurter Rundschau 6.6.1974, S. 16; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.11.1972, S. 11; Süddeutsche Zeitung, 24.1.1975, S. 1f.

¹¹⁶ Stuttgarter Zeitung, 24.8.1974, S. 28; Die Welt, 17.12.1976, S. 3.

¹¹⁷ Frei (1988) (wie Anm. 52).

¹¹⁸ Frankfurter Rundschau, 13.11.1973, S. 3.

¹¹⁹ Barbara Pfetsch: Geräuschkulisse des medienpolitischen Parteienstreits – Die Öffentlichkeit der Medienpolitik in Pressekommentaren. In: Christiane Eilders / Friedhelm Neidhardt / Barbara Pfetsch (Hg.): Die Stimme der Medien. Pressekommentare und politische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik. Wiesbaden: VS 2004, S. 252–281.

¹²⁰ Der Spiegel, 29.7.1974, Nr. 31, S. 22–24.

¹²¹ Die Zeit, 13.4.1974; Die Zeitung 1974, Nr. 5, S. 5.

›Frankfurter Rundschau, die den Gesetzesentwurf zwar ablehnte, aber nur, weil er zu schwach geworden war (›Verleger behalten das Sagen‹).¹²² Stammleser des linksliberalen Blattes waren in den 1960er Jahren die protestierenden Studenten.¹²³ Der BDZV benutzte die breite Ablehnung des Presserechtsrahmengesetzes in der Presse für seine Öffentlichkeitsarbeit (›Presse lehnt einhellig Bonns Pressegesetz ab‹).¹²⁴

Beim Thema Pressekonzentration divergierten die Zeitungen etwas stärker entlang ihrer redaktionellen Linie. Die linksliberalen Blätter unterstützten eine gesetzliche Bekämpfung der Pressekonzentration und kritisierten das Zusammenschrumpfen der Maßnahmen auf eine Novelle des Kartellgesetzes: ›Fusionskontrolle allein hilft nicht‹, bemängelte die ›Süddeutsche Zeitung‹.¹²⁵ Konservative Zeitungen und die zu einem der damals größten Tageszeitungsverlage gehörende ›Stuttgarter Zeitung‹ bekämpften jegliche gesetzliche Intervention, das Presserechtsrahmengesetz schärfer noch als die Fusionskontrolle, die nach Meinung der ›Frankfurter Allgemeinen Zeitung‹ ›zu spät und in verfassungsrechtlich bedenklicher Form‹ gekommen sei¹²⁶ und deren Wirkung ein Leitartikler in der ›Stuttgarter Zeitung‹ als ›sehr zweifelhaft‹ einschätzte.¹²⁷ Die ›Stuttgarter Zeitung‹ hatte 1974 die ›Stuttgarter Nachrichten‹ übernommen.¹²⁸ Das Hauptaugenmerk dieser Zeitungen lag darauf, die ›gesellschaftliche und staatliche Kuratel‹ abzuwehren, unter die die Medienpolitik die privatwirtschaftliche Presse stellen wollte.¹²⁹

Ein dritter Indikator für die These, dass die Presseberichterstattung die BDZV-Position stützte, leitet sich daraus ab, dass die Journalisten Pressepolitik (auch) als Auseinandersetzung eigeninteressierter Akteure interpretiert haben. Die ›Westfälische Rundschau‹ bildet auch hier eine Ausnahme. Die Berichterstattung trug (zum Teil unbeabsichtigt) zur Delegitimierung der Medienpolitik bei, indem Zusammenhänge hergestellt wurden: Wenn es um Pressepolitik ging, wurde auch auf die Probleme hingewiesen, die SPD und Gewerkschaften mit ihren eigenen Zeitungen hatten, und auf deren Kritik an der Presseberichterstattung. Zum Teil geschah dies indirekt, indem lediglich andere Akteure zitiert wurden (z.B. in der ›Süddeutschen Zeitung‹),¹³⁰ zum Teil direkt.

Durchaus beabsichtigt trieben die konservativen Blätter die Deutung voran, dass Medienpolitik lediglich Machtpolitik ist und es Medienpolitikern in Wirklichkeit darum gehe, ›unbotmäßige Zeitungen und ihre Verleger‹ zu gängeln sowie ihnen förderliche Berichterstattung zu lancieren.¹³¹ In Meinungsstücken entwickelte sich diese Deutung zum Pauschalargument gegen das sich formierende Politikfeld. Der Leitartikler der ›Frankfurter Allgemeinen Zeitung‹, Johannes Gross, der Medienpolitik meist in An-

¹²² Frankfurter Rundschau, 13.7.1974, S. 1f.

¹²³ Flottau (1985) S. 101f. (wie Anm. 98).

¹²⁴ Die Zeitung, 1974, Nr. 11, S. 1.

¹²⁵ Süddeutsche Zeitung, 12.7.1974, S. 4.

¹²⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.3.1976, S. 10.

¹²⁷ Stuttgarter Zeitung, 19.8.1974, S. 1.

¹²⁸ Schütz (1999) S. 119 (wie Anm. 17).

¹²⁹ Die Welt, 22.11.1971, S. 4.

¹³⁰ Süddeutsche Zeitung, 24.1.1975, S. 1.

¹³¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.3.1976, S. 10; vgl. auch 19.5.1973, S. 1 sowie 4.6.1974, S. 6.

führungszeichen setzte, schrieb auf der Titelseite: »Unter dem Neubegriff Medienpolitik mit all seinen hübsch etikettierten Einzelstücken kündigt sich ein großer Anlauf zur Manipulation der öffentlichen Meinung zugunsten politischer Machthaber an.« Seine Schlussfolgerung, die sich ähnlich in »Welt« und »Stuttgarter Zeitung« wiederfindet, lautete: »Die beste Medienpolitik ist gar keine.«¹³² Diese Deutung zielte darauf, alle zukünftigen pressepolitischen Interventionen ein für alle Mal »als Anschläge auf die Meinungsfreiheit«¹³³ zu delegitimieren. Sie war auf Verbandslinie. Die »Welt« stellte die Gewerkschaften als machtfixiert dar. Ein ironischer Kommentar (»Warten auf die Bedürfnispresse«)¹³⁴ ließ sich darüber aus, dass die IG Druck und Papier eine überregionale Tageszeitung ins Leben rufen wollte. Sie müsse nun nicht mehr »die Machtübernahme in den Redaktionen durch verfassungswidrige Gesetze anstreben«.

Der »Spiegel« berichtete über die SPD- und FDP-internen Konflikte (»Ein Stümperpapier«).¹³⁵ Wie die Zeit hatte der »Spiegel« die Pressekonzentration (vor allem die des Axel-Springer-Verlags) kritisch begleitet und sich für ihre Bekämpfung ausgesprochen. Doch im selben Atemzug wiesen beide Angebote auch auf den Niedergang der SPD-Zeitungen und die Kritik der SPD an der Presseberichterstattung hin.¹³⁶ Über das Presserechtsrahmengesetz schrieb Gerd Bucerius in der »Zeit«: »Da die SPD nun nie mehr eigene Zeitungen von Gewicht machen wird [...], möchte sie die vorhandene Presse von innen erobern.«¹³⁷ Beide Blätter stützten durch diese Themenselektion und Interpretation zum Teil beabsichtigt (Presserechtsrahmengesetz), zum Teil nicht-intendiert (Pressekonzentration) die diskursive Strategie des Verlegerverbands. Als die »Frankfurter Rundschau« kritisierte, dass sich die Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung nicht an journalistischer Qualität orientierten, machte sie – obwohl sonst auf Seiten der Sozialdemokraten – ebenfalls auf die Eigeninteressen in der Medienpolitik aufmerksam. Ihre »wachsenden Unmutsäußerungen« über eine »unerwartet kritische Presse« könnten bedeuten, dass die SPD über die sich verschlechternden Möglichkeiten der Journalisten »nicht nur Tränen« vergießen würde.¹³⁸

6. FAZIT

Dieser Beitrag hat die These verfolgt, dass eine Medienpolitik, die durch Medialisierung entstanden ist, Medienorganisationen spezifische Möglichkeiten zur Abwehr von Regulierungsversuchen eröffnet sowie zur Verfolgung eigener Interessen. Diese These wurde am Beispiel des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger und der von SPD und Gewerkschaften vorangetriebenen Pressepolitik um 1970 untersucht.

Die Schwierigkeiten, die SPD und Gewerkschaften mit ihren eigenen Presseorganen hatten, ihre Befürchtung, dass ihre politischen Reformideen auf einem kommer-

¹³² Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.12.1971, S. 1.

¹³³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.5.1973, S. 1.

¹³⁴ Die Welt, 13.5.1974, S. 4.

¹³⁵ Der Spiegel, 6.9.1971, Nr. 37, S. 36.

¹³⁶ Der Spiegel, 3.1.1972, Nr. 1-2, S. 50-52, 3.7.1972, Nr. 28, S. 55.

¹³⁷ Die Zeit, 13.4.1973.

¹³⁸ Frankfurter Rundschau, 1./2.5.1974, S. 3.

zialisierten und konzentrierten Pressemarkt noch weniger zur Geltung kommen könnten und ihre Kritik an der Presseberichterstattung produzierten eine Situation,

- in der die Verleger Medienpolitik leicht delegitimieren konnten und SPD und Gewerkschaften als von politischen Eigeninteressen getrieben und inkompetent darstellten,
- die es den Verlegern erlaubte, das Interesse der Parteien an öffentlicher Sichtbarkeit mit ihren eigenen medienpolitischen Verbandsinteressen zu verbinden,
- über die die Redaktionen berichteten und zum Teil beabsichtigt und zum Teil unbeabsichtigt die BDZV-Politik unterstützten.

Wenn mit jedem Medienumbruch auch Sichtbarkeitsprobleme für medienpolitische Akteure einhergehen, dann ist anzunehmen, dass Medienorganisationen diese diskursiven Optionen zur Abwehr eröffnet werden. In diesem Sinn ist auch zu verstehen, was Ulrich Saxer geschrieben hat: Medienpolitiker seien »Gefangene wie Wärter ihres Regelungsobjekts«. ¹³⁹ Das gilt umso mehr, als sie über die Ressource mediale Aufmerksamkeit verfügen oder zumindest vertrauen dürfen, sich auf diese Ressource verlassen zu können. Der Beitrag verweist auf das Legitimationsproblem, das in die politische Gestaltung öffentlicher Kommunikationsbedingungen eingeschrieben ist und wirft einmal mehr die Frage nach der Wirksamkeit von Medienpolitik auf.

Welche Schlussfolgerungen können aus dem Fallbeispiel der Medienpolitik um 1970 gezogen werden? Zum einen kann angenommen werden, dass das Ausbleiben einer nennenswerten Struktur- und Organisationspolitik der Presse bis heute mit dem damaligen notwendigen Scheitern der Pressepolitik zusammenhängt. ¹⁴⁰ Zum anderen ist zu vermuten, dass die Kommunikationsprobleme der medienpolitischen Akteure von den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nicht in demselben Maße genutzt werden können, um Einflussversuche abzuwehren. Denn die Autonomie von der Politik ist im öffentlich-rechtlichen System – trotz der ursprünglichen alliierten Intention – weniger gewährleistet als in der Presse. Im öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben sich Politiker unter anderem über die Aufsichtsgremien, aber auch über die Letztentscheidung über Gebührenerhöhungen, strukturelle Einflussmöglichkeiten auf die Gestaltung von Inhalten gesichert. ¹⁴¹

Zusammenfassung

Dieser Beitrag untersucht die These, dass eine medialisierte Medienpolitik mit ganz besonderen Abwehroptionen für die regulierten Medienorganisationen einhergeht und ihnen zugleich Thematisierungsmöglichkeiten zur Verfolgung eigener Interessen eröffnet. Das Fallbeispiel liefern der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) und die Pressepolitik der 1970er Jahre in der Bundesrepublik, als Pressekonzentration und innere Pressefreiheit gesetzlich geregelt werden sollten. Der Beitrag skizziert zu-

¹³⁹ Saxer (2007) S. 24 (wie Anm. 9).

¹⁴⁰ Otfried Jaren / Patrick Donges: Staatliche Medienpolitik und die Politik der Massenmedien: Institutionelle und symbolische Steuerung im Mediensystem. In: Stefan Lange / Uwe Schimank (Hg.): Governance und gesellschaftliche Integration. Wiesbaden: VS 2004, S. 47–63. Hier S. 53.

¹⁴¹ Hoffmann/Sarcinelli (1999) S. 725 (wie Anm. 3).

erst, mit welchen Regulierungsplänen der BDZV konfrontiert war, beschreibt, dass vor allem SPD und Gewerkschaften diese Pläne verfolgten und welche Kommunikationsprobleme sie (auch) dazu veranlassten. Die qualitative Dokumenten- und Inhaltsanalyse wird von dem Ansatz der Akteur-Struktur-Dynamiken geleitet. Sie arbeitet heraus, welche Gelegenheiten der Regulierungsabwehr entstanden sind. Die Ergebnisse zeigen, dass die Verleger die Kommunikationsprobleme von SPD und Gewerkschaften nutzten, um Medienpolitik zu delegitimieren und dass eine Presseberichterstattung stattfand, die diese Strategie (zum Teil unbeabsichtigt) stützte.

Abstract

The inevitable failure of media policy. The Federation of German Newspaper Publishers and its opposition to press regulation between 1968 and 1976

This contribution conceives media policy as a product of mediatization. It deals with the thesis that media organizations have specific opportunities to oppose regulatory interventions due to mediatization. The publishers' association and the press policy of the 1970s in the Federal Republic of Germany provide the case that was studied. Press concentration and the internal freedom of the press were major issues of press policy at that time. The article first describes the regulatory plans the publishers were confronted with. It then explains that Social Democratic Party and labor unions were the ones that pursued these plans and that these plans were connected with problems these organizations had with representation in the press. The qualitative document and content analysis was guided by a structure-agent-framework. The findings' section shows that the publishers used the communication problems of Social Democratic Party and of the labor unions in order to delegitimize media policy. The fact that press coverage (in part unintentionally) supported the publishers' strategies is another result of this study.

Korrespondenzanschrift

Prof. Dr. Maria Löblich, Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft,
Freie Universität Berlin, Garystr. 55, 14195 Berlin
Email: Maria.Loeblich@fu-berlin.de

Maria Löblich ist Professorin am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Arbeitsstelle Kommunikationsgeschichte und Medienkulturen, der Freien Universität Berlin.

